

Zeitung der studentischen Selbstverwaltung

HUch!

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT
COLLECTED HIGHLIGHTS
NO. 57 DEZEMBER 2008

l'université c'est moi



Fotos: Wissenschaftskommission / HU Helke Zappe, Montage: HUch!

ALLE AUF EINEN:

1000 Schüler_innen greifen
Präsidenten an. Nebenbei
wird eine Ausstellung
beschädigt **Seite 3**

SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH

Ein Kongress an der Cha-
rité zu den medizinischen,
politischen und sozialen
Implikationen **Seite 10**

SEINE SCHEINHEILIGKEIT:

Mit gelber Kutte ist
der Dalai Lama für den
Frieden unterwegs. Und
sonst so? **Seite 14**

editorial

Am 28. November erreichte uns eine Mail mit den besten Wünschen für ein frohes Fest und einen guten Rutsch, und so wurden wir gewahrt, dass schon wieder ein Jahr fast rum ist. Aber wen interessiert das schon? Weihnachtsmärkte, Weihnachtsmänner, Weihnachtsmorcheln, was auch immer... Hier wird gearbeitet! Schreiben, lektorieren, diskutieren, nur bei der Endkorrektur lassen wir einfach mal alle fünf grade sein und gehen statt dessen Glühwein trinken und Weihnachtsmorcheln essen. Weihnachtsmorchel, Weihnachtsmorchel, Weihnachtsmorchel. Ein lieber Gruß an Sascha übrigens. Die Reisebeilage ist aus Gründen flachgefallen, ebenso die Beilagen Essen/Trinken, Theater und Musik. Das tut uns aufrichtig leid. Wir empfehlen: Gomera (als Reiseziel), Morcheln und Glühwein (Essen/Trinken), alle Stücke von Gotscheff (Theater) und diese Popsensation aus Liverpool, The Beatles.

HUCh!

PS: Dank an den Protestfotografen Björn.
www.flickr.com/photos/kietzmann

inhalt

- 3 Ein Opfer für Millionen
Was geschah am 12.11.?**
- 6 Was Hänschen nicht lernt...
Ideologie in Nachschlagewerken**
- 8 Iltis ist kein Tier!
Kolonialistische Strassennamen**
- 10 Praktische Selbstbestimmung
Schwangerschaftsabbruch**
- 12 Perspektiven einer Wissenschaft
Bibliothekswissenschaften**
- 13 Soziale Bewegungen
Eine Rezension**
- 14 Dalai Lama
Von Zivilisationssymptomen**

Ständische Vertretung

Neues aus StuPa und RefRat

Stimmengleichheit! Findet ein Antrag auf einer StuPa-Sitzung keine einfache Mehrheit, gilt er als abgelehnt. Stimmen genauso viele ParlamentarierInnen für ihn, wie auch dagegen, ist die Mehrheit verfehlt - das knappste denkbare Ergebnis. Auf der vergangenen Sitzung fand sich die Redaktion der Unaufgefördert in genau dieser unangenehmen Situation wieder. Das StuPa als Herausgeberin hatte damit ihrer Publikation die Haushaltsgelder versagt. Vorausgegangen war eine mehrwöchige kontroverse Debatte um die Berichterstattung über einen Fall sexualisierter Belästigung durch einen Professor, im Zuge derer die Ausgabe 179 der Unauf zurückgezogen wurde. Die Aufarbeitung des entstandenen Problems scheint zumindest genau der Hälfte der ParlamentarierInnen, in deren Namen die Zeitschrift ja erscheint, nicht ausreichend gewesen zu sein. Es ist nicht das erste Mal, dass es erhebliche inhaltliche Differenzen zwischen Herausgeberin und Redaktion gab, nie hatte das bislang aber Sanktionen nach sich gezogen. Etwas erschrocken vom überraschenden Ausgang der



Foto: Markus Pasterny

Abstimmung hat sich eine Kommission gefunden, die bis zur nächsten **Sitzung (17.12., 18.30 Uhr, Audimax)** einen tragfähigen Kompromiss finden soll. Ansonsten wurde die schöne Tradition fortgesetzt, alle halbe Jahre die Verschickung einer schriftlichen Benachrichtigung zur StuPa-Wahl durchzusetzen, ein Unterfangen, das von der Rechtsabteilung der HU als bedenklich eingestuft wird, den MitarbeiterInnen der Studienabteilung beim Gedanken an den Arbeitsaufwand ein Stöhnen entlockt und den Finanzrinnen des RefRats die Mienen schockgefriert. Die exorbitant

hohen Ausgaben für eine derartige Verschickung würde die Verfasste Studierendenschaft zahlungsunfähig machen. Knapp genug kalkuliert ist deren Haushalt ohnehin, die verschiedenen unterstützten studentischen Initiativen mussten für 2009 Kürzungen von rund 25 % hinnehmen. Die allgemeine Teuerung, gestiegene Personalkosten (Beratungssystem, Kinderladen, Semtex-Büro etc. ad infinitum) und rückläufige Studierendenzahlen veranlassten das Finanzreferat deshalb eine Anhebung des Semesterbeitrages von 6 auf 7 Euro ab dem Wintersemester 2009/10 zu beantragen. Das ist die erste Erhöhung seit 2004. Zu einem Drittel kommen die Mehreinnahmen den chronisch klammen Fachschaften zugute.

Termine: Das Referat für alle Frauen lädt ein zum „**queerfeministischen frauencafé** - nur für frauen, mädchen, lesben, trans**“ am **11.12. ab 18 Uhr** im Krähenfuß mit Glühwein gegen die Winterkälte und im neuen Jahr dann am 12.01.

Das Referat für Kultur veranstaltet derweil ein **Konzert**, und zwar am **13.12. ab 21 Uhr**, ebenfalls im Krähenfuß, mit **vom kegeln, the dropout patrol, elyk wot und w/4'33**“. Musik von Folk bis Punk, Tanz gibt's auch. Da lässt sich das Schmuddelwetter da draussen doch gut vergessen.

In diesem Sinn sei eine frohe Adventszeit gewünscht.

Ein Opfer für Millionen

Die Ansichten darüber, was am 12. November im Foyer des HU-Hauptgebäudes geschehen ist, gehen zum Teil weit auseinander. Nicht immer geht es den Beteiligten in der Diskussion um eine sachliche Klärung der Umstände. VON DANIEL KRETSCHMAR

Die Fakten sind bekannt: 10.000 Schülerinnen und Schüler demonstrierten am 12. November, neben anderen vom RefRat dazu aufgerufen, in Berlin gegen die katastrophalen Bedingungen, unter denen sie in den Schulen der Stadt lernen sollen. Bundesweit waren an diesem Tag gut 100.000 auf der Straße. Es war die größte Protestmanifestation in Sachen Bildung seit über 10 Jahren. Ein voller Erfolg. Bis zu dem Moment, da rund 1.000 der Demonstrierenden beschlossen, der Humboldt-Universität einen, nunja, Besuch abzustatten.

Bereits nach etwa 20 Minuten war die spontane Besetzungsaktion beendet. Neben Toilettenpapier im Innenhof, einigen entleerten Feuerlöschern, wenig Glasbruch, einer eingetretenen Tür und der erheblichen Störung einer Veranstaltung im Senatssaal, wurde die Ausstellung „Verraten und Verkauft“ über von deutschen Faschisten zwangsenteignete jüdische Unternehmen stark in Mitleidenschaft gezogen. Einige der Schäden gingen nach Inaugenscheinnahme und bei gutwilliger Beurteilung als Folgen des plötzlichen großen Andrangs durch, bei mindestens vier der Ausstellungstafeln war die Absichtlichkeit und Mutwilligkeit der Zerstörung nicht zu übersehen.

Bald wurde davon berichtet, einer der Besetzer habe bei der Vandalisierung die Äußerung „Scheiß Israel“ von sich gegeben - für die OrganisatorInnen der Demo ein absolutes PR-Desaster, für Menschen mit einem Gespür für die gar nicht so sehr versteckte Schnittmenge zwischen Antizionismus und Antisemitismus eine Ungeheuerlichkeit, wenn auch keine gar so große Überraschung. Die häufigere Teilnahme an Aktionen des sozialen Protestes hilft, sich an die Idee zu gewöhnen, dass bei Gruppen die aus mehr als zwei Personen bestehen, die Wahrscheinlichkeit recht hoch ist, dass auch Menschen dabei sind, mit denen die Übereinstimmungen bereits auf sehr niedrigem Level eher gering sind. Die Frage, ob öffentlicher Protest deshalb generell vermieden werden sollte, wird an dieser Stelle nicht diskutiert; das kleine Fähnchen linken Enthusiasmus' für die Veränderung der Welt zum Besseren (eben auch durch „Aktion“) lass ich mir vielleicht an einem anderen Tag aus der Hand schlagen, heute jedoch nicht.

Zurück zum Thema: Der Präsident der Humboldt-Universität, Herr Markschies, hatte angesichts der Nachrichtenlage und wahrscheinlich auch unter dem Eindruck der Intensität des persönlichen Erlebens sein Urteil schnell gefällt. Einen antisemitisch motivierten, gezielten, vor allem aber planvollen Angriff wollte er erkennen können. Dass ihm inzwischen selbst die Polizei widerspricht, soll uns dabei gar nicht so sehr stören. Den Verlautbarungen einer Behörde, die zum Beispiel im Dessauer Prozess um den Tod des Asylbewerbers Oury Jalloh allen Ernstes behauptet, jener hätte sein Gesicht aus Daffke in ein Feuer gehalten, kann durchaus ein gewisses Misstrauen entgegengebracht werden.

Welche anderen Quellen aber stehen zur Verfügung, um zu klären ob die Universität, die Ausstellung und



Foto: Björn Kietzmann

nicht zuletzt Herr Markschies Opfer einer gezielten antisemitischen Attacke waren? Nach Prüfung aller öffentlich verfügbaren Berichte bleibt es bei der bekannten einzigen Aussage über einen einzigen antizionistischen Ausfall. Um Missverständnissen vorzubeugen: Es wird hier nicht angezweifelt, dass diese Aussage wahr ist. Auch wird nicht angezweifelt, dass schon rein empirisch die Anwesenheit von AntisemitInnen vorausgesetzt und ihre Beteiligung angenommen werden kann. Wer da absichtlich randaliert hat, hat deutlich genug sehen können, um was für eine Ausstellung es sich handelt. Und wer wollte die Hand ins Feuer legen für 1.000 Menschen, wenn doch die neueste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema mitteilt, dass, wenn sechs Deutsche an einem Tisch sitzen oder sich eben zufällig in einem Uni-Foyer treffen, rein rechnerisch mindestens einE AntisemitIn sich im Raum befindet.

Nur, ob sie *geplant*, wegen der guten Beziehungen der Universität zu Israel, wie der Präsident behauptet hat, mit der von *vorherein gefassten Absicht*, die Ausstellung zu zerstören, ins Foyer der HU gekommen sind, das wird hier angezweifelt. Zuerst einmal ist es doch schwer vorstellbar, dass irgendjemand in dieser Demonstration über die guten oder schlechten Beziehungen der Uni zu wem auch immer irgendetwas wusste. Die HU-Themenseiten im Tagesspiegel mit den entsprechenden Hinweisen gehören mutmaßlich nicht zur regelmäßigen Lektüre von Zehntklässlern, auch das Studium der Veranstaltungs- und Ausstellungshinweise auf der grandios unübersichtlich gestalteten Webseite des Hauses sind wahrscheinlich nicht Teil ihrer Demovorbereitung. Und falls doch: Würden wir dann nicht mehr erwarten als eine einzige, zudem eher zufällig gehörte Ansage? Sprechchöre vielleicht, Transparente, Irgendwas?

Warum nun aber bestand Herr Markschies so dringlich auf dem planmäßigen Vorgehen der „Chaoten“?

Und was ist wirklich das Problem mit dem Übergriff?

Über des Präsidenten Motive lässt sich nur spekulieren. Sein ganzes Auftreten im Nachgang strahlt vor allem eines aus: die Empörung des Hausherrn über das Eindringen ungebetener Gäste. Auf der Podiumsdiskussion zur Wiedereröffnung der Ausstellung am 17. November, als auch im Akademischen Senat (AS) tags darauf, stand dem Präsidenten die Erregung ins Gesicht geschrieben. Über die Paradoxie der Phrase von der „friedlichen Besetzung“ philosophierte er da zum Beispiel. Und wieder und wieder hörten wir die Behauptung, es habe sich um geplantes antisemitisches Vorgehen gehandelt. Ein Anschlag auf das Haus, die Ausstellung, alles wofür das Haus steht und: ihn, der für das Haus steht. Ein Gerechter, der als fleischgewordene Universität ein Opfer ward und nun zum Richter wird.

Natürlich ließe sich vorzüglich darüber debattieren, ob die Universität ein legitimes Ziel bildungspolitischer Proteste, in gewisser Weise militanter zumal, ist, aber nein, es gibt keine Diskussion, es kann keine geben, denn das Opfer ist unangreifbar geworden. Es ist eine Person geworden, die sich in eine Reihe mit den industriell vernichteten Juden und Jüdinnen Europas stellt. Das ist so unglaublich, dass man vor Rührung fast weinen möchte. Und es ist so unglaublich deutsch. Völlig losgelöst von jeglichen nachprüfbar Fakten müssen wir Deutsche Opfer sein, notfalls über die Vereinnahmung derer, an denen tatsächlich das widerlichste und niedrigste Mordverbrechen verübt wurde. Herr Marksches ist kein Kämpfer gegen den Antisemitismus, genauso wenig wie er selber Antisemit ist, Herr Marksches ist einfach nur

ein Opfer. Quasi nebenbei liefert er so auch die nötigen Stichworte für die komplette Diskreditierung der Proteste der SchülerInnen und was viel schlimmer ist: er verhindert die sachliche Debatte um die Bedeutung der Zerstörung der Ausstellung. Das tut er auch mit dem, in der AS-Sitzung präsentierten Neologismus der „Präsidentenkritik“ – einer Vokabel, die nicht gar so rund von den Lippen gehen will wie die gute alte „Majestätsbeleidigung“, die Verwandtschaft aber ist unverkennbar. Kritik disqualifiziert sich nach Ansicht des Präsidenten nicht in der Sache, sondern in ihrem Adressaten. Wer die Finger in seine Wunden legt, kann nur falsch liegen, da der Präsident qua Amt ohne Makel ist. Die Erinnerung und Ehrung der durch den deutschen Faschismus Verjagten, Entrechteten, Beraubten und Vernichteten aber darf niemals dem Zweck dienen, erregten KleinbürgerInnen in Talaren die moralische Überlegenheit ihrer zivilen Manieren und der gerade okkupierten Sprosse auf der Karriereleiter zu bestätigen. Die Erinnerung hat nur dann Sinn, wenn sie uns veranlasst, uns selbst zu überprüfen und gerade nicht anderen die Folgen der eigenen Schuld und Unterlassung aufzubürden und sie von oben herab zu belehren. Es ist schon verstörend, nicht wahr, dass junge Menschen an der Ausstellung „nicht instinktiv zurückschrecken“, wie es Monika Grütters von der CDU so treffend wie scheinheilig formuliert. Dazu zwei rhetorische Fragen: Was genau ist eigentlich so schockierend und überraschend? Und: Wo mag das alles wohl herkommen?

Um es mit Wolfgang Neuss zu sagen: Macht euch mal kein Abendbrot, macht euch mal Gedanken.



Stellungnahme des ReferentInnenrates im Akademischen Senat (18. November 2008)

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

(...)

Am 12. November hätte ich nicht in der Haut jener DemonstrationsteilnehmerInnen stecken wollen, die versucht haben, die Ausstellung „Verraten und Verkauft“ zu schützen; nicht in der Haut der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich den Protestierenden in den Weg gestellt haben; und nicht in Ihrer Haut, Herr Präsident.

Gerade in der Situation einer direkten Bedrohung - und in einer solchen Situation ist nie ganz klar, welche Wendung die Ereignisse noch nehmen können - gerade in dieser bedrohlichen Situation haben Sie mit der Entscheidung gegen die Räumung Augenmaß bewiesen.

Sie haben in der Diskussion am gestrigen Abend von Entschuldigungsstrategien gesprochen, kritikwürdigen Entschuldigungsstrategien. Ich möchte ein paar Worte dazu sagen. Zuerst einmal: Der Übergriff auf die Ausstellung ist nicht entschuldbar. Unter keinen Umständen. Die sofortige distanzierende Erklärung des RefRates und die angebotene, am Samstag umgesetzte Unterstützung der Wiederherstellung der Ausstellung durch Mitglieder des RefRates macht die Haltung des Gremiums zu diesem Vorfall hoffentlich deutlich.

Umso befremdlicher finde auch ich die im Artikel der Jerusalem Post [vom 14. November] zitierten Äußerungen zweier Sprecher der Demonstrationsorganisation. Was diese bewog, die Frage nach möglichen Motiven der kolportierten „Scheiß Israel“-Aussage unberufen mit einer Generalkritik an der staatlichen Existenz Israels zu beantworten, bleibt allein ihr Geheimnis. Ich denke, dass ich der abgestimmten RefRat-Stellungnahme insofern vorgreifen darf, dass wir nicht über die verqueren Gedankengänge eines Teilnehmers einer 10.000-köpfigen Demonstration spekulieren können und wollen.

Nebenbei bemerkt, wenn ich dieser Person habhaft werden könnte, würde diese zwischen dem Angebot einer Ohrfeige und alternativ einer Geschichtsstunde wählen können. Eine Geschichtsstunde deshalb, weil die Äußerung an diesem Ort, zu diesem Anlass, auf verstörende Weise, in gewissermaßen spiegelverkehrter Logik genau den richtigen Zusammenhang herstellt. Israel gibt es nicht zufällig, sondern weil z.B. die in der Ausstellung dargestellten Menschen nur in diesem Staat, Israel, bedingungslos Schutz erhalten würden. Auf den Staat, dem sie ihr Vertrauen davor gegeben haben, konnten sie - die Geschichte ist zumindest in diesem Raum bekannt - ja nicht zählen.

Das sehen als AntizionistInnen getarnte AntisemitInnen nicht, das wollen sie nicht sehen, egal ob sie von links oder rechts kommen.

Es wird Sie wenig überraschen zu hören, dass ich politisch eher dem linken Spektrum angehöre - ich bin als RefRat-Vertreter hier. Umso mehr beschäftigt mich die linke Spielart des Antisemitismus. Er ist eines der größten Probleme einer sich radikal und tabubrechend gerierenden Linken, die dabei jedoch, und das dürfen

wir nicht vergessen, eigentlich nur eine in der Bevölkerung ziemlich verbreitete Geisteshaltung widerspiegelt. Die einschlägigen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen sprechen je nach Befragungsmuster von rund 15% oder sogar bis zu 25% der Befragten, die antisemitische Grundeinstellungen erkennen lassen.

Umso schwieriger ist es, einfach mit dem Finger auf die eventuell antisemitischen Schülerinnen und Schüler zu zeigen. Sie sind die Kinder ihrer Eltern, die SchülerInnen ihrer LehrerInnen - und vielleicht bald die StudentInnen ihrer ProfessorInnen. Ein gesellschaftlicher Querschnitt also. Im Guten, wie im Schlechten. Die Aufgabe, mit diesem Problem fertig zu werden, ist unser aller Verantwortung, genauso wie Wolfgang Thierse es gestern Abend in der Diskussion formuliert hat.

Und wo wir gerade bei diesem Thema sind: Mit welchen Lorebeeren schmückt sich eigentlich die Universität, wenn vor dem Senatssaal die Porträts von zwei NsdAP-Mitglieder hängen, zweier Menschen also, denen zumindest eine gewisse Toleranz gegenüber antisemitischen Tendenzen unterstellt werden darf. Einer, Werner Otto Theodor Forssmann war sogar Mitglied der SA.

Oder, um ein aktuelleres Beispiel anzubringen: Schmerzlich vermisst hab ich eine anerkennende Stellungnahme des Unipräsidenten für die im Februar diesen Jahres, wohlgemerkt: friedlich dagegen Protestierenden, dass mit Martin Walser ein - immerhin salonfähiger - Antisemit an der Humboldt-Universität ein Podium bekommen hat.

Was genau ist eigentlich die von dieser Bigotterie ausgehende Botschaft?

Dass AntisemitInnen willkommen sind, solange sie sich zu benehmen wissen und kein Toilettenpapier im Innhof verteilen oder doch wenigstens einen Nobelpreis gewinnen? Sobald sie aber an unsere Bürotüren hämmern, dann ist das, wie in der Jerusalem Post zitiert, grade so, wie am Anfang der Nazizeit.

Ebenfalls in der Jerusalem Post werden Sie dergestalt zitiert, dass der Angriff der vergangenen Woche wegen der guten Beziehungen der Uni zu Israel stattgefunden habe. Das glaube ich nicht. Ich glaube, dass es sich schlicht um einen - ja - gezielten Angriff auf die Universität, mit einem - ja - mutmaßlich antisemitisch motivierten Zwischenfall gehandelt hat. Ihnen aber genügt es nicht, den Antisemitismus anzuprangern und festzuhalten, dass die Erinnerung an die jüdischen Geschäftsleute, von denen auf den Tafeln im Foyer die Rede ist, besudelt wurde. Nein, dieses Haus, sie persönlich, Herr Präsident, müssen Opfer des antisemitischen Übergriffs gewesen sein.

Das Ross, Herr Präsident, auf das Sie sich da gerade schwingen wollen scheint mir doch ein wenig zu hoch für Sie zu sein. Mit Verlaub.

Die eventuell etwas ungewohnte Sprechperspektive und der Duktus der Stellungnahme erklären sich damit, dass sie ursprünglich lediglich eine mündlich vorgelegene, persönliche Äußerung war, die erst anschließend vom RefRat bestätigt wurde.

»Was Hänschen nicht lernt, guckt Gottfried im Brockhaus nach«¹

Nachschlagewerke transportieren mehr oder weniger offen die jeweils tagesaktuellen Ideologien. Ein kritischer Blick ist bei ihrer Benutzung also angebracht. Von ANETT ZEIDLER

Bei Familie Hagitte aus Bischofsheim vergeht kaum ein Tag an dem die 17. Auflage des Brockhaus von 1966 unbenutzt im Regal steht. Die Hagittes gehören zu der Spezies der sogenannten Brockhaus-Familien, deren Leben eines für das Nachschlagewerk ist und die dafür gerne einen Ehekrach in Kauf nimmt: Wichtige Dinge müssen bei dem einen sofort am Esstisch geklärt werden – das Essen wird natürlich kalt- die andere in diesem Falle regt sich drüber auf. „Wahrhaftig“ gefüllt wäre dann zwar nicht der eigene Magen aber immerhin die eigene Wissenslücke. Ortswechsel: Ich sitze vor meiner Hausarbeit und muss wissen was Nation heißt. Ein Gang in die Bibliothek und ein Blick in den Brockhaus von 1994: „1) Gesamtheit der Bewohner eines Lands, wie sie durch die politische Entwicklung geformt ist und sich als Einheit erhalten will; oft gleichbedeutend mit Staat. 2) das Volk als Einheit der Abstammung, Sprache und Kulturüberlieferung.“² Diese Definition ist nach ein paar halben Erklärungen, warum ich mich auf das Nachschlagewerk von 1994 beziehe, für eine wissenschaftliche Arbeit genehmigt. Wikipedia hingegen wird mir als unwissenschaftliche Quelle verkauft und unter sagt. Dabei stellt sich deren Definition von Nation als reflektierter heraus als die obige Brockhausversion, denn der Eintrag bei der freien Online-Enzyklopädie verweist mehrmals und dies gleich zu Anfang auf den konstruierten Charakter von Nation: „(vor dem 14. Jahrhundert ins

Deutsche übernommen aus lat. natio „Geburt; Herkunft; Volk“) bezeichnet die Kategorisierung von Menschen in Gruppen und Kollektive über kulturelle Merkmale wie: Sprache, Tradition, Sitten, Gebräuche, Abstammung, u.ä. wie sie bei Ethnien anzutreffen sind. Diese gleichen sprachlichen und kulturellen Eigenschaften bzw. Merkmale werden dann als die nationalen Charaktere eines Volkes oder einer Volksgemeinschaft ausgemacht.(...).“³

Die Frage was wissenschaftlich ist und was nicht, kann ich hier nicht beantworten. Aber ich kann kritisch hinterfragen, ob ich eine Definition aus einem anerkannten Lexikon unkritisch übernehmen kann und als wahrhaftig anerkenne. Wie hängen Sprache und die Konstruktion von Nation zusammen? In welchem Kontext müssen Lexikeinträge gelesen werden und welche Kontinuitäten schleifen sich durch die Geschichte?

Nationen denken

Um im Folgenden genauer auf Sprache als Konstrukteur einer imaginierten Gemeinschaft einzugehen, sei der konstruktivistische Ansatz von Benedict Anderson verwendet. Er ist der Auffassung, die Schriftsprache selbst erfinde den Nationalismus. Kulturelle Wurzeln von Nationalismus sind dabei die durch heilige Sprache und überlieferte Schriften miteinander verbundene religiöse Gemeinschaften und dynastischen Reiche. Verknüpft mit einer wandelnden Wahrnehmungsform der Welt, Kapitalismus und Buchdruck, der immer mehr Menschen einbezieht, über sich selbst nachzudenken, Machtsprachen aufbaut, und für andere politisch-nationale Zwecke eingesetzt werden konnte, war es möglich Nation zu denken.⁴

Die Vorstellung eines nationalen Gefühls wiederum prägt Identitäten, die immer in Kombination mit dem Ausschluss anderer Identitäten einhergehen. Wie dabei Nationen definiert werden, muss historisch als auch sozialpolitisch immer im Kontext gesehen werden. Der oben erwähnte Brockhaus-Verlag gründete sich bereits 1805. Damals noch unter der Firmierung Rohloff & Co durch Friedrich Arnold Brockhaus in Amsterdam. Nach einer Übersiedlung in das damalige Herzogtum Sachsen-Altenburg, kam es 1814 schließlich zu der uns heute vertrauten Umbenennung in F.A. Brockhaus. Der Verlag wurde 1817 nach Leipzig verlegt, wo er neben

¹ <http://www.brockhaus.de/verlag/familienalbum/hagitte/index.php>, Zugriff am 19.11.2008.

² Der BROCKHAUS. In einem Band. 6. Auflage. 1994. Leipzig. Mannheim. S.678.

³ <http://de.wikipedia.org/wiki/Nation>, Zugriff am 19.11.2008.

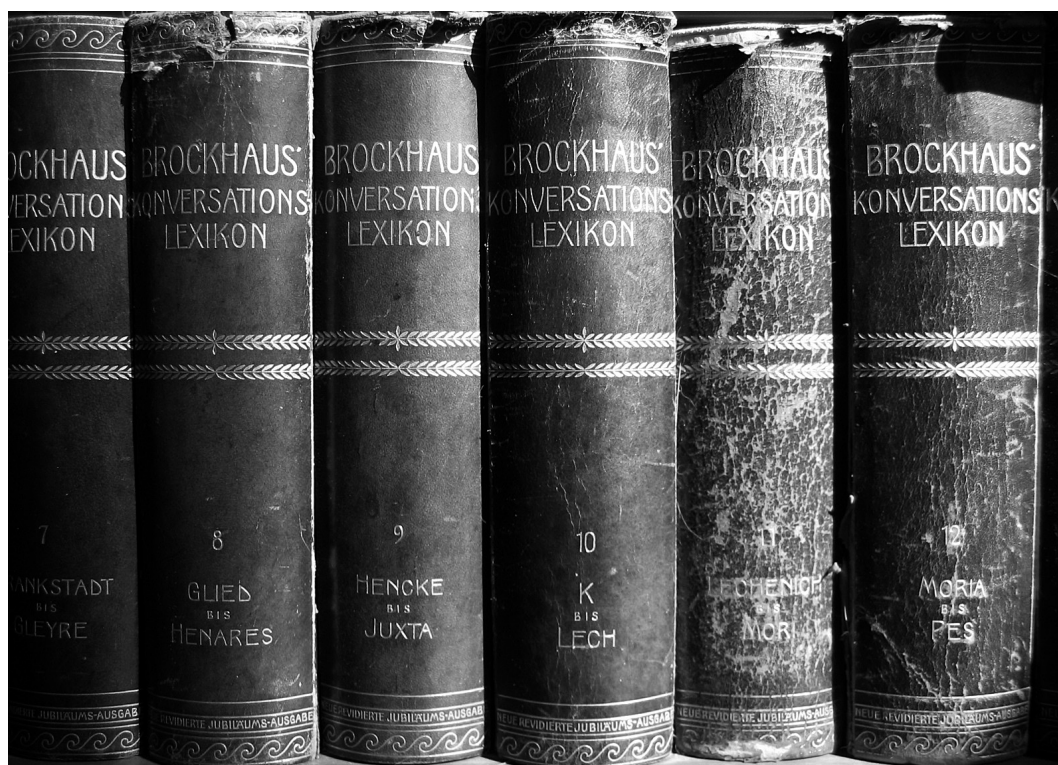
⁴ Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts. 1996. Frankfurt/Main.



schau mal rein.

Die HUCh! als Zeitung der studentischen Selbstverwaltung ist ein Raum, selbstbestimmt, diskussionsfreudig und meinungsstark zu hochschulpolitischen Fragen und darauf aufbauend auch zu anderen relevanten Themen Stellung zu beziehen. Wer also Lust und Energie mitbringt, eine Zeitschrift zu machen, etwas mitzuteilen hat oder einfach nur mal schauen möchte, ob das Spaß macht, schickt einfach eine Mail oder schaut im RefRat vorbei.

huch@refrat.hu-berlin.de



Agitiert in jedem zweiten Bücherregal vor sich hin: der Brockhaus.

der Filiale in Mannheim auch gegenwärtig ansässig ist. Die Verlagsarbeit war in der Geschichte nicht frei vom Einfluss historischer Ereignisse. So wurde der gesamte Brockhaus-Verlag durch die 1933 neu gegründete Reichsschrifttumskammer kontrolliert. Zwar war in der Firmenleitung kein Parteimitglied der NSDAP, dennoch wurden Verlagsmitarbeiter überwacht und Nachzensur betrieben. 1937 drohte der Brockhausfamilie selbst die Enteignung aufgrund fehlender „Ariernachweise“.⁵

Sprache konstruiert Nationen

„Allgemeinsprachliche Wörterbücher, an die primär die Forderung gestellt wird, in Rechtschreib- und Wortbedeutungsfragen dem Benutzer oder der Benutzerin Informationen zu vermitteln, scheinen zunächst über jeden Verdacht erhaben zu sein, propagandistisches Material zu transportieren.“⁶ Machen wir uns dies am Beispiel des Begriffes „Nation“ aus dem Jahre 1934 deutlich: Nation ist „eine Gesamtheit von Menschen gemeinsamer Abstammung, die dieselbe Sprache sprechen, eine gemeinsame geschichtliche Entwicklung erfahren haben und das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit besitzen.“⁷ 1938 wird der Eintrag im Volks-Brockhaus um die Komponente der völkischen und „rassischen“ Grundlagen eines einheitlichen Staatswesens ergänzt. Im Jahre 1935 findet sich ein zusätzlicher Verweis auf den Begriff „Volk“, der im Laufe der weiteren Ausgaben stets verändert erscheint. Direkte Verweise auf das Programm der NSDAP, sowie Neuwortfindungen werden als propagandistische Mittel eingesetzt, ein imaginiertes Volks- und Nationengefühl zu bestärken: die Prophezeiung der Eigenständigkeit und des Bewusstseins weißer Deutscher im Staat und über geographische Grenzen hinweg; rassifizierte Abgrenzung zu Menschen anderer Herkunft unter der Definition als „Volksschädlinge“.⁸

Neben Neubildungen und Umwertungen, ist auch die Häufigkeit des Gebrauchs eines Wortes von Bedeutung,

um Propaganda zu betreiben: Sind es 1934 noch 21 Begriffe, die unter „Nation“ gelistet werden, summiert sich die Zahl auf 27 Wörter im Jahre 1943. Noch intensiver erweist sich der Vergleich am Begriff „Volk“. 1934 ist zwar noch kein Eintrag für den Begriff selbst zu verzeichnen, aber 30 Begriffe, die mit derselben Silbe beginnen. Neun Jahre später und unter vielerlei Neubildungen und Auslassungen sind schließlich 40 Begriffe unter „Volk“ gelistet.

Auf welcher Ebene und wie genau sich Kontinuitäten dieser ideologisierten Sprache von Funktionswörtern und propagandistischen Begriffen wandeln und in Zusammenhang zu den gesellschaftlichen Ereignissen vor 1933 und nach 1945 stehen, muss immer wieder hinterfragt werden. Dass Kontinuitäten bestehen ist klar. Aus der langen Reihe möglicher Beispiele sei an dieser Stelle nur eines herausgegriffen. So hat sich zum Beispiel bereits „Turnvater“ und Reformler Friedrich Ludwig Jahn für ein „Volkstum“ eingesetzt, dass sich durch eine gemeinsame Sprache und Sitte auszeichnet. „Jahn war ein Fanatiker der nationalen Einheit und des Hasses auf Frankreich“⁹, das er als „Erbfeind“ dem „ethnisch reinen ‚Urvolk‘ der Deutschen“ entgegengestellte. Seine 1810 erschienene Programmschrift „Deutsches Volkstum“ erfuhr große Verbreitung. Darüber hinaus versuchte Jahn Inhalte und Ziele seiner „Reindeutscherei“ in der über 80.000 bis 90.000 Mann starken Turnerbewegung umzusetzen. Den ersten Turnplatz schuf er übrigens 1811 auf der Berliner Hasenheide.

Darüber hinaus kann es nicht genug sein, spezifische Begriffe die in der NS-Zeit entstanden oder neu interpretiert wurden nur zu ahistorisieren – denn sie leben weiter. Es geht vielmehr darum, aufzuzeigen, welche Kontinuitäten sich zeigen und wie Sprache auch im 21. Jahrhundert meinen Geist beeinflusst, denn Sprechen ist Handeln. Eine unkritische Übernahme von Begriffen kann gewalttätig gegenüber anderen Menschen sein, sowie mich und meine Meinungen unterbewusst formen.

⁵ http://www.brockhaus.de/files/Brockhaus_Chronik.pdf. Zugriff am 19.11.2008.

⁶ Müller, Senya: Sprachwörterbücher im Nationalsozialismus. Die ideologische Beeinflussung von Duden, Sprach-Brockhaus und anderen Nachschlagewerken während des „Dritten Reichs“. 1994. Stuttgart.

⁷ Der Volks-Brockhaus. Sach- und Sprachwörterbuch für Schule und Haus. Zweite verbesserte Auflage. 1934 Leipzig. S.474.

⁸ Der Volks-Brockhaus. Sachwörterbuch für jedermann. 10. Auflage. 1943. Leipzig. S.739.

⁹ Langewiesche, Dieter: Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa. 2000. München. S.106.

Iltis ist kein Tier!

Das Imbabüro der FU befindet sich in der Iltisstrasse, diese kreuzt die Lansstrasse. Unter anderem der BERLINER ENTWICKLUNGSPOLITISCHE RATSCHLAG und die INITIATIVE SCHWARZER MENSCHEN IN DEUTSCHLAND fordern eine Umbenennung und stoßen auf hartnäckigen Widerstand. VON TOBIAS BECKER

Ein Teil der Strassen in Deutschland ist nach mehr oder weniger berühmten Personen benannt. Damit geht eine zumindest implizite Ehrung der jeweiligen Person einher, weshalb vor allem 1945 und nach 1989/1990 Strassen umbenannt wurden, die auf (vormals) wichtige Personen verwiesen, deren Ehrung der offiziellen Staatsdoktrin nicht mehr angemessen schien.

Ganz anders verhält es sich mit Strassennamen mit kolonialen Bezügen. In der deutschen Kolonialgeschichte gab es keine ‚Wende‘. Zwar gab es ein von Aussen durchgesetztes Ende direkter deutscher Kolonialherrschaft durch den Versailler Vertrag, aber so etwas wie Entkolonialisierung hat es nie gegeben.

Diese könnte langsam mal nachgeholt werden und so tobt seit einiger Zeit unter anderem ein Kampf um die Umbenennung von Strassen, die mit ihrem Namen Kolonialaggressoren verherrlichen oder gleich rassistische Beleidigungen beinhalten. Oberflächlich betrachtet mag es wichtigere Auseinandersetzungen geben als die um Strassennamen. Im Verlauf einer solchen Diskussion zeigt sich aber schnell das darin enthaltene Potential, Probleme wie eurozentrische Geschichtsschreibung, Kontinuitäten von (deutschem) Kolonialismus und weiße deutsche Abwehrreflexe zu thematisieren. Das Gros der Auseinandersetzung in Berlin findet auf Bezirksebene statt, denn hier wird über Strassennamen entschieden. So auch in Steglitz-Zehlendorf. Hier erinnern vor allem die Iltisstrasse und die Lansstrasse an die glorieichen Zeiten des deutschen Kolonialreiches.

Die SMS (Seiner Majestät Schiff) Iltis war ein deutsches Kanonenboot, Wilhelm Lans der zuständige Kapitän. Eingesetzt wurden beide in den Kolonialaggressionen gegen China.

Ziel der deutschen Ambitionen in China war nicht die Besetzung des gesamten Staates, sondern die Errichtung einer Handels- und Stützpunktkolonie, also die ressourcensparende Öffnung der chinesischen Märkte auf der Basis von ‚Verträgen‘. Solche ‚Verträge‘ wurden beispielsweise dadurch erzwungen, dass das deutsche Reich unter dem Vorwand es hätte Übergriffe auf westliche Missionare gegeben, einfiel, Gebiete besetzte und sich nach der faktischen Enteignung und Wiederverpachtung zurückzog.

In diesem – in der deutschen Geschichtsschreibung gerne ausgeblendeten – Zusammenhang entstand die antikoloniale Widerstandsbewegung der Yihetuan¹, die für eine Zurückdrängung der imperialen Einflüsse kämpfte. Für diese hatten die Taku-Forts² eine zentrale strategische Bedeutung, weil sie den Zugang vom

Meer nach Peking sicherten. Am 17. Juni 1900 griffen nun Marinetruppen alliierter ausländischer Mächte (neben dem Deutschen Reich auch Großbritannien, Japan, Frankreich, Italien, Österreich-Ungarn, USA und Russland) das Fort an. An diesem Angriff war auch die Iltis unter der Führung von Lans beteiligt, zumindest bis sie von chinesischen Granaten ausser Gefecht gesetzt wurde. Dieser Angriff war der Beginn der blutigen Niederschlagung des Yihetuan-Aufstandes. Besonders von deutscher Seite wurde dieser Kolonialkrieg als grausamer Rachefeldzug geführt, angestachelt von der sogenannten Hunnenrede Wilhelms II. („Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht“). Am Ende dieses Gemetzels stand die systematische Plünderung Pekingens und die Unterzeichnung der sogenannten Boxerprotokolle die neben förmlichen Entschuldigungen für getötete deutsche Gesandte auch exorbitante Reparationszahlungen Chinas an das deutsche Reich regelten, welche bis 1942 (!) liefen.

Dies ist also der geschichtliche Hintergrund, vor dem die genannten Strassennamen diskutiert werden. In diesem November hat der *Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag* (BER) die zweite Auflage seines „Dossiers über Straßennamen mit Bezügen zum Kolonialismus in Berlin“³ herausgegeben, in dem es heißt: „In besonders eklatanten Fällen, speziell dort, wo die ‚Kolonialpioniere‘ für ihre Rolle bei der gewaltsamen Begründung des deutschen Kolonialreiches geehrt werden, sind Umbenennungen (...) unumgänglich. Solche Personen sind als Namenspatrone für Straßen in einem demokratischen Gemeinwesen nicht tragbar, ebenso wenig wie mit rassistischen Begriffen betitelte Straßen.“

Klingt einleuchtend – ist es aber anscheinend nicht für alle. Ebenfalls im November lud der BER nämlich zu einer Podiumsdiskussion in Steglitz, um mit den Bezirksfraktionsvorsitzenden von FDP, SPD, Grünen und CDU (die eine Umbenennung der Lans- und der Iltisstrasse beschließen könnten), sowie der FU-Sinologieprofessorin Leutner und dem Kolonialismus- und Strassennamenexperten Joshua Aikins von der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland, zu der sich über 80 Besucher_innen einfanden. Um es kurz zu machen: eine Einigung wurde nicht erzielt. Dafür konnten sich die Besucher_innen ein Bild davon machen, was Volkes Stimme so alles von sich gibt, wenn sie, auf deutsche Vergangenheit angesprochen, zürnt. Von der Frage aus dem Publikum, ob die deutsche masochistische Beschäftigung mit Erinnerung und Schuld nicht schon pathologisch sei, über ein Abfeiern einer angeblichen deutschen Vormachtsstellung in der Welt(!), was das Aufarbeiten

¹ Wörtlich übersetzt: „in Rechtschaffenheit vereinte Milizen“ – in dt. Geschichtsbüchern abwertend ‚Boxer‘ bzw. ‚Boxeraufstand‘ genannt.

² Die Takustrasse befindet sich neben Iltis- und Lansstrasse.

³ http://ber-ev.de/download/BER/03-positionen/f-kolonial/2008-11-13_dossier-kolonialistische-strassennamen.pdf



Chinesischer Beamter kurz vor der Hinrichtung. Rechts im Bild ein potentieller Namensgeber für deutsche Strassen.

der eigenen Geschichte angeht, bis zu einem: „Wenn ich eine Liebknecht-Strasse ertrage, dann doch Lans erst recht“ vom netten Herrn der CDU wurde fast alles gegen eine Umbenennung ins Feld geführt, was mensch in Deutschland irgendwie bekannt vorkommt und wunderbar am Thema vorbeigeht.

Denn es geht ja nicht darum, wer wem die Schaukel im Sandkasten wegnehmen darf, sondern um das absichtliche Nichtwissen um Kolonialgeschichte und ein (bestenfalls) unreflektierter positiver Bezug darauf, der menschenverachtend ist.

In der sehr hitzigen Diskussion kristallisierte sich auf Seiten der Gegner_innen einer Umbenennung eine Überlegung heraus, die mensch wohlwollend als Argument werten könnte, nämlich, dass eine Umbenennung einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im Wege stünde, weil sie diese einfach ausblende, weshalb von den Gegner_innen einer Umbenennung durchweg Informationstafeln zum Hintergrund der Strassennamen befürwortet wurden. Das wäre natürlich besser als der gegenwärtige Zustand. Warum eine Informationstafel aber nicht auf ehemalige Strassennamen und die Gründe ihrer Umbenennung verweisen könnte, wussten die Vergangenheitsexpert_innen nicht schlüssig zu beantworten. Idealerweise bliebe im Falle einer Umbenennung ja der Kolonialismus-Bezug erhalten, aber aus einer anderen Perspektive. So könnten diese Strassen nach Akteur_innen des antikolonialen Widerstandes benannt werden. Dies würde nicht nur eine Auseinandersetzung mit deutscher Kolonialvergangenheit an den Strassenschildern ermöglichen und den Wünschen etlicher Initiativen, Vereine und Anwohner_innen entsprechen. Es wäre auch ein symbolischer Bruch mit der deutschen Kolonialvergangenheit und mit der hierzulande immer noch vorherrschenden Perspektive auf die Vergangenheit: die Perspektive der *weißen* Deutschen, die viel zu oft

aus bequemer Gedankenlosigkeit als objektiv und richtig angenommen wird.

Weil es so schön dazu passt, noch ein paar Worte zum Ort der Diskussionsveranstaltung. Die fand nämlich im ethnologischen Museum in Dahlem statt. Ein perfekter Ort, um über koloniale Kontinuitäten nachzudenken, denn an solchen Orten wird (unter anderem) ausgestellt, was durch Raub und Gewalt in europäische Hände gelangte. Da ist eine Auseinandersetzung mit den Strassennamen vor der Türe für das Museum eine einfache Möglichkeit, sich Auseinandersetzung mit Geschichte auf die Fahnen zu schreiben. Wenig einsichtig zeigten sich die Direktor_innen jedoch, als eine Teilnehmerin beispielhaft auf die Ausstellung „Benin – Könige und Rituale“ zu sprechen kam, die von Februar bis Mai 2008 in Dahlem gezeigt wurde. Bei einem Großteil der Exponate handelte es sich nachweislich um Beutekunst, was den beteiligten Museen auch bekannt ist. Genauso bekannt sind die seit den 50er Jahren erhobenen Forderungen Nigerias nach Rückgabe der geraubten Kulturgüter, die zu den herausragendsten Kunstwerken des afrikanischen Kontinents zählen. Bislang weigern sich alle Museen in Europa und USA auch nur ein einziges Objekt zurückzugeben. Restitutionsforderungen werden mit der Arroganz der historisch Überlegenen zurückgewiesen. Der Gipfel des Zynismus kann dann im Vorwort der ausstellenden MuseumsdirektorInnen zum Katalog bewundert werden: „Auch wenn aus unserer Sicht des 21. Jahrhunderts die damalige Militäraktion ungerechtfertigt erscheint, so haben doch erst durch sie diese Kunstwerke weltweite Aufmerksamkeit gefunden.“

So gesehen lässt sich natürlich auch behaupten, dass es zwar ungerechtfertigt erscheinen mag, die MuseumsdirektorInnen zu entführen und in Abuja im Zoo auszustellen, aber erst dadurch könnten sie die verdiente weltweite Aufmerksamkeit finden.

Praktische Selbstbestimmung

Ein Kongressbericht aus der Charité von KIRSTEN ACHELNIK

Am 24. und 25. Oktober 2008 fand der achte Kongress der „Internationalen Vereinigung von Fachkräften und Verbänden zu Schwangerschaftsabbruch und Kontrazeption“ (FIAPAC) unter dem Titel „Reproduktive Gesundheit und Verantwortung“ im Virchow-Langenbeck-Haus der Charité Berlin statt. In den meisten anderen medizinischen Fachgebieten sind die Möglichkeiten für fachlichen Austausch, Fortbildung und zum Netzwerken durch verschiedene Presseorgane und regelmäßige Veranstaltungen sichergestellt. Beim gesellschaftlich, juristisch und politisch umstrittenen Thema Abtreibung ist dies nicht der Fall. Umso wichtiger sind die alle zwei Jahre stattfindenden FIAPAC-Kongresse.

Der diesjährige Kongress in Berlin war mit fast 600 TeilnehmerInnen aus 45 Ländern der bisher am Besten besuchte. Blanka Kothé, Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe und Mitglied des Berliner Vorbereitungskomitees, bedauerte allerdings, dass ein mit der Auswahl von Berlin als Veranstaltungsort verbundenes Ziel nicht erreicht wurde: „Wir wählen die Orte auch aus, um lokale Initiativen, die sich für eine Liberalisierung der Gesetzeslage und eine Verbesserung der Zugänglichkeit einsetzen, zu unterstützen. In Berlin gibt es leider nicht viel, eher war es dieses Jahr unser Anliegen, so weit wie möglich nach Osteuropa zu kommen. Leider kamen von dort nur ca. 30 TeilnehmerInnen. Der Großteil der TeilnehmerInnen kam aus Belgien, Frankreich und Deutschland.“

Allgemein wurde der Kongress als sehr politisch empfunden. Dies spiegelt die Situation wieder, dass derzeit in vielen Ländern die Abtreibungsgesetzgebung und -praxis zur Debatte steht, beispielsweise in Großbritannien, Spanien und nicht zuletzt der BRD. In Kolumbien gelang es kürzlich Pro-Choice-AktivistInnen mit einer als richtungweisend empfundenen Vorgehensweise das Recht von Frauen auf Leben, Gesundheit und Integrität vor dem Verfassungsgericht einzuklagen und so das dortige totale Abtreibungsverbot zu Fall zu bringen. Diese Initiative wurde von den TeilnehmerInnen begrüßt und intensiv debattiert.

Auch der in vielen Ländern zunehmende Druck von staatlichen Verfolgungsbehörden und AbtreibungsgegnerInnen auf Ärzte und Beratungsstellen, war Thema in den Plena und Diskussionen. Dementsprechend wurden auch die Anregungen der Britin Ann Furedi (Hauptgeschäftsführerin von BPAS, dem größten britischen Anbieter für Abtreibungen) für strategische Antworten auf diese Angriffe mit lang anhaltendem Beifall begrüßt. Sie betonte vor allem, dass eine offensive Strategie zur Verteidigung und zum Ausbau reproduktiver Rechte nötig sei, die sich nicht auf pragmatische Argumente zur Gesundheit der Frauen zurückziehen könne. Pro-Choice-AktivistInnen dürften die moralischen Argumente nicht den selbsternannten Lebensschützern überlassen, vielmehr müsse die Moralität der eigenen Handlungen hervorgehoben werden. Es sei nötig, sich auch auf schwierige Kämpfe einzulassen und unpopuläre Themen, wie Spätabtreibungen, nicht zu meiden.

Spätabtreibungen in der BRD

Dieser Meinung ist auch Blanka Kothé. Den CDU/CSU-Vorschlag zur Änderung der Regelungen bei Spätabtreibungen bezeichnet sie als „Einfallstor, um das in der BRD letztmalig 1995 reformierte Gesetz noch mal aufzurollen und zu verschärfen“. Die Gesetzesvorlage beziehe sich keineswegs ausschließlich auf Spätabtreibungen nach der 22. Woche, sondern ginge in alle Teile der betreffenden Gesetzgebung ein. Dies würde auch die bisherige Pflicht-Beratungspraxis bis zur 12. Schwangerschaftswoche berühren, da hierfür Richtlinien eingeführt werden sollten. Der Entwurf sei demnach viel weitgehender als bisher öffentlich bekannt.

Im europäischen Vergleich gibt es laut Kothé in der BRD „mit Abstand die wenigsten Abtreibungen im zweiten Trimester“ (ab der 13. Schwangerschaftswoche). Bei Abbrüchen nach der 23. Woche sei von ca. 200 Fällen im Jahr auszugehen. Dies liege jedoch auch daran, dass vielen Frauen eine Indikation verweigert würde, auch wenn sie die Kriterien erfüllten.

Der Paragraph 218a Absatz 2, der eigentlich eine Ausnahme von der Rechtswidrigkeit eines Abbruchs bei Gefahr für das Leben der Schwangeren oder ihre körperliche oder seelische Unversehrtheit vorsieht, würde in der Praxis beinahe ausschließlich als embryopathische Indikation, also bei möglichen Missbildungen des Fötus, angewandt. Psychosoziale Indikationen würden der Gynäkologin zufolge sehr wenig gestellt, was viele Frauen dazu zwingt, in den Niederlanden abzutreiben. Im Jahr 2004 haben laut einem Bericht der niederländischen Abtreibungskliniken 1.156 Frauen aus Deutschland einen Abbruch in Holland durchführen lassen, wobei mehr als die Hälfte nach der 14. Woche erfolgten. Diese Größenordnung zeigt, dass allerdings mit der Regelung der Spätabtreibungen in der BRD etwas nicht in Ordnung ist: Sie ist keineswegs zu lasch, wie CDU/CSU behaupten, sondern scheinheilig und in der Auslegung restriktiv.

Späte Abtreibungen waren aber nicht nur ein politisch wichtiges Thema dieses Kongresses, präsentiert und diskutiert wurden auch neue medizinische Erkenntnisse in diesem Bereich, beispielsweise zur Anwendbarkeit medikamentöser Abbruchs-Methoden. Laut diesen Untersuchungen sind medikamentöse Abbrüche auch lange nach der bisherigen Frist, die beispielsweise in Deutschland 63 Tage nach Beginn der letzten Monatsblutung beträgt, anwendbar und sicher. Die Präsentation dieser und anderer Untersuchungen ließen die stellvertretende Vorsitzende der FIAPAC, Kristina Gemzell aus Schweden, von einem „hohen wissenschaftlichen Niveau“ des Kongresses sprechen.

Eine andere Untersuchung beschäftigte sich mit den psychologischen Auswirkungen von Abtreibungen, insbesondere unter der Fragestellung, ob von einer Traumatisierung der Frauen auszugehen sei. AbtreibungsgegnerInnen haben dafür den Begriff Post-Abortion-Syndrom (PAS) geprägt und beschreiben dies als Variante der Posttraumatischen Belastungsstörung. PAS ist von keiner medizinischen Vereinigung weltweit anerkannt.

Die Schottin Sharon Cameron unterzog Studien, die auf vermehrte psychische Probleme nach Abtreibungen hinweisen einer gründlichen Überprüfung mit dem Ergebnis, dass wichtige Faktoren, wie die vorherige geistige Gesundheit der Frauen nicht kontrolliert worden waren. Laut ihren Erkenntnissen ist der Grund für mentale Probleme nach einer Abtreibung vielmehr die ungewollte Schwangerschaft selber.

Notfallverhütung

Auch Fragen zu Verhütungsmethoden spielten eine große Rolle. Die Chinesin Linan Cheng, vom Shanghaier Institut für Familienplanung, betont in der Präsentation ihrer Forschungsergebnisse, dass die »Pille danach« als Notfallverhütungsmittel und nicht als Abtreibungsmittel anzusehen sei, da sie »bei bereits bestehender Schwangerschaft unwirksam ist«.

Der Medizinreferentin von Pro Familia, Ines Thonke, geht es vor allem um einen verbesserten Zugang zur »Pille danach«. In 18 europäischen Ländern sei diese bereits rezeptfrei erhältlich. Warum dies in Deutschland nicht möglich sein solle, sei ihr »unverständlich«. Die durch die Rezeptpflicht entstehenden Hürden führten zu langen Wartezeiten, hohen Kosten und psychischem Stress, zudem zu mehr ungewollten Schwangerschaften, wenn das Medikament zu spät oder wegen des erschwerten Zugangs gar nicht eingenommen würde. So berichtet Thonke aus ihren Erfahrungen: »Wir kennen Fälle, in denen Frauen bis zu 48 Stunden herumtelefonierten, bis sie einen Notarzt fanden, der ihnen die »Pille danach« verschrieb.« Sie ergänzt: »Diese Praxis ist erniedrigend für die Frauen. Sie ist absolut unnötig und erhöht das Risiko einer Schwangerschaft.«

GegendemonstrantInnen

Vor dem Kongressgebäude hatten sich AbtreibungsgegnerInnen eingefunden. Junge Menschen in Arztkitteln verteilten Plastikföten, um die KongressteilnehmerInnen darauf hinzuweisen, wie schön »das Leben« sei. Andere trugen Plakate mit Bildern zerstückelter Föten und drohten mit der Hölle. Aufgerufen zu dem Protest hatte unter anderem die Homepage babycaust.de, die von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien wegen den Vergleichen zwischen Abtreibung und dem Holocaust, sowie frei zugänglichen Bildern zerstückelter Föten, indiziert wurde. Die von Klaus Günther Annen betriebene Webseite verglich die FIAPAC-Konferenz 2008 mit der Wannseekonferenz 1942, auf der die Vernichtung der europäischen Juden organisiert wurde.

Viele der KongressteilnehmerInnen sind Anfeindungen gewöhnt und freuten sich daher umso mehr über die Unterstützung von Berliner Feministinnen, die ebenfalls mit Transparenten und Flugblättern vor Ort waren.

AbtreibungsgegnerInnen nutzen die geringe Beach-

tung der reproduktiven Rechte und Abtreibung im medizinischen Curriculum, um unter MedizinstudentInnen für ihre frauenfeindlichen und reaktionären Ansichten zu werben. Eine Zusammenarbeit zwischen fortschrittlichen StudentInnen und ProfessorInnen, praktizierenden GynäkologInnen und engagierten Beratungsstellen wäre dringend erforderlich, um die diesbezüglichen Ausbildungsbedingungen zu verbessern.

Barbara Lang¹, Medizin-Studentin aus Wien betont auch aus diesem Grund die Wichtigkeit des Kongresses für den Austausch der Fachkräfte und die Bedeutung der Organisation als Netzwerk. In den Lehrplänen der Universitäten kämen Schwangerschaftsabbrüche kaum vor und eine notwendige praktische Ausbildung würde in Österreich nicht angeboten: »Als Studentin bist du darauf angewiesen, dir das selber zu organisieren.« Angesichts des hohen Altersdurchschnitts der engagierten AbtreibungsärztInnen wünscht sie sich eine stärkere Konzentration der FIAPAC auf gezielte Nachwuchsförderung.

In seinem Abschlussvortrag verwies Christian Fiala, ärztlicher Leiter des »Gynmed-Ambulatoriums für Schwangerschaftsabbruch und Familienplanung« in Wien und FIAPAC-Vorsitzender auf die positiven Beispiele der Gesetzgebung in den Niederlanden und Kanada. Ein hoher Standard der medizinischen Vorsorge im Bereich Abtreibung und Frauengesundheit könne nicht nur durch gesetzgeberische Einschränkungen erreicht werden. Vielmehr müsse den Patientinnen und ÄrztInnen die Freiheit zur Wahl geeigneter Wege und Mittel eröffnet werden.

Auf der Vollversammlung der FIAPAC während des Kongresses wurde Christian Fiala als Vorsitzender abgelöst von Mirella Parachini, Gynäkologin an einem Römischen Krankenhaus und bisher eine der stellvertretenden Vorsitzenden. Die nächste Konferenz wird 2010 in Spanien stattfinden, wo zurzeit heftig um eine Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebung gerungen wird.



Kontroverser Stern-Titel 1971

¹ Name von der Redaktion geändert.

Perspektiven einer Wissenschaft

Eine Ausstellung zu Bibliotheken auf dem afrikanischen Kontinent gibt einen ersten Eindruck, was Bibliothekswissenschaften in Zukunft leisten könnten. von KARSTEN SCHULD

Wissensstädte – Bibliotheken in Afrika, 02.12.2008-09.02.2009, Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft, Dorotheenstraße 26. Eröffnung am 02.12.2008, 20.00 Uhr. Vgl. auch den libreas-Podcast Nr. 9 zur Ausstellung: http://libreas.eu/podcasts/podcast_9/index.html

Wissensstädte – Bibliotheken in Afrika“ heißt eine Ausstellung, die im Rahmen eines Projektseminars in der Afrikanistik entstand und nun auch am Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft gezeigt wird. Zu dieser Ausstellung selber gibt es wenig zu sagen, sie kann für dieses Thema nur Schlaglichter liefern. Für die gesamte vorkoloniale Zeit muss eine Tafel ausreichen, die wenig mehr tun kann, als anzudeuten, dass es schon lange vor der Ankunft der kolonisierenden Europäer im afrikanischen Raum reichhaltige Schriftensammlungen und intellektuelle Auseinandersetzungen gab. Ebenso wird die Kolonialzeit, in welcher Bibliotheken hauptsächlich einen Teil der kolonialen Infrastruktur darstellten, obwohl sie gleichzeitig das Versprechen auf einen sozialen Aufstieg durch Bildung repräsentierten, auf nur einer Tafel dargestellt. Informationsarmut, die Debatten um Open Access, die konsequente Ausrichtung von bibliothekarischen Diensten auf die Lebensumstände der Nutzerinnen und Nutzer, alle diese Themen können nur angerissen werden. Deshalb hat die Ausstellung verständlicherweise auch große Lücken. Sie ist vor allem da, und das ist nicht schlecht, insbesondere an ihrem jetzigen Standort.

Wissenschaft basiert auf grundsätzlichen Richtungsentscheidungen

Die Bibliothekswissenschaft, die zur Zeit des letzten Studierendenstreiks 2003/2004 noch vor der Abwicklung stand, versucht sich gerade neu zu definieren: neue Professuren, neue Projekte, neue Inhalte. Ob dies erfolgreich sein wird, ist noch nicht abzusehen, es ist zumindest eine Zeit des Umbruchs, in dessen Verlauf diese Profession sich in Frage stellt und Wege sucht, um als eigenständige Wissenschaft anerkannt zu werden. Sichtbar ist schon heute, dass ein Hauptthema der neuen Bibliothekswissenschaft die Informationsverarbeitung und -nutzung im digitalen Raum sein wird. Dagegen stellt die Ausstellung zu afrikanischen Bibliotheken einige Punkte klar, die ansonsten schnell vergessen werden könnten. Bibliotheken sind Einrichtungen, die in der jeweiligen Gesellschaft verankert sind und deren Aufgabe und Aus-

stattung nicht von ihrer Umgebung losgelöst betrachtet werden können. Gleichzeitig gibt es durchgängig in allen Gesellschaften den Trend, Einrichtungen zu installieren, die als Bibliothek bezeichnet werden können, obwohl sie nicht unbedingt mit den westlichen Vorstellungen einer Bibliothek übereinstimmen.

Diese Feststellung scheint banal, sie ist es aber nicht, wenn man sich die Debatten im deutschen Bibliothekswesen anschaut. Weder die stark strukturkonservative Position, die Bibliotheken gerne auf den Umgang mit gedruckten Medien festlegen will, noch die an der Humboldt-Universität und von einer Anzahl hauptsächlich junger Bibliothekarinnen und Bibliothekare betriebene Fixierung auf elektronische Medien wird die Zukunft des Bibliothekswesens darstellen. Daran erinnert die Ausstellung, indem sie einen nicht-europäischen Fokus repräsentiert und fragt, was Bibliotheken auf dem afrikanischen Kontinent sein können.

Forschungsthemen sind immer auch politisch

Eine Antwort auf diese Frage nach dem Potential der Bibliotheken ist nicht so leicht möglich. Das Thema ist zu umfassend, immerhin ist Afrika ein Kontinent mit sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungen. Es gibt zudem hierzulande kaum Forschungen zu den dortigen Bibliotheken. Ungewollt zeigt die Ausstellung deshalb in der jetzigen Umbruchsituation der Wissenschaft auch, wie defizitär die Ergebnisse der an diesem Institut betriebenen Forschung in bestimmten Bereichen war. Dies könnte eine gewisse Verunsicherung im sonst sehr selbstbewussten Bibliothekswesen darstellen: nicht die Bibliothekswissenschaft, sondern Studierende der Afrikanistik stellen in dieser Ausstellung Fragen, die von der zuständigen Wissenschaft aufgrund des bisher Bekannten nicht beantwortet werden können.

Dennoch zeigen diese kurzen Einführungen, wie weit das Feld einer neu begründeten Bibliothekswissenschaft sein könnte. Jetzt wäre eine gute Zeit, solche gesellschaftlichen Fragen im Kanon des Bibliothekswesens zu verankern. Oder wird sie vorrangig eine Verwaltungswissenschaft bleiben?

Impressum

„A dynamic university in a modern population centre simply can't be isolated from the realities, human or otherwise, that surround it.“ – Hunter S. Thompson

- **Anschrift** HUCh! Zeitung der Studentischen Selbstverwaltung; Unter den Linden 6; 10099 Berlin. huch@refrat.hu-berlin.de www.refrat.de/huch
- **HerausgeberIn** ReferentInnenrat der Humboldt-Universität zu Berlin (ges. ASTA).
- **Redaktion** Katharina Paar, Nelo Locke, Tobias Becker, Anett Zeidler, Daniél Kretschmar (V.i.S.d.P) **Layout** Tobi **Druck** Union Druck **Auflage** 3.000

Alle Beiträge stehen, soweit nicht anders angegeben, unter Creative Commons License. Verwendung und Bearbeitung unter folgenden Bedingungen:

- Angabe der Autorin oder des Autors
- Nichtkommerzielle Verwendung
- Weiterverwendung unter den gleichen Bedingungen

Die einzelnen Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der gesamten Redaktion und/oder des gesamten RefRats wieder. Für die Selbstdarstellungen studentischer Initiativen zeichnen weder die Redaktion noch der RefRat verantwortlich.

Redaktionsschluss für die Nr. 58 ist der 5. Januar 2009

Soziale Bewegungen auf einen Blick

Überblickswerke können helfen, größere Zusammenhänge zu erkennen. So lässt sich z.B. lernen, dass der Kampf für das politische Mandat zu '68 führt. Meistens aber lohnt es sich, dann doch noch das eine oder andere spezialisierte Buch zur Hand zu nehmen. Von KIRSTEN ACHELNIK

Ein Handbuch über die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945 herauszugeben, kann durchaus als ambitioniert bezeichnet werden, auch wenn die Herausgeber Roland Roth (Politikwissenschaftler, FH Magdeburg) und Dieter Rucht (Soziologe, FU Berlin) als Koryphäen der deutschen Bewegungsforschung gelten. Das als Nachschlagewerk konzipierte Buch soll, wie sie in ihrer Einleitung sagen, „gerade auch für die Auseinandersetzung mit aktuellen Protesten Orientierungen anbieten“. Da Studierende zur zentralen Trägergruppe von Protesten zählen, ist es sicher ganz besonders nützlich, wenn diese aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und hier und da auf eine fast vergessene gute Aktionsidee stoßen. So ist in dem den Studierendenprotesten gewidmeten Kapitel von Kristina Schulz zu erfahren, dass diese häufig über rein hochschulbezogene Forderungen hinausgingen, sich aber auch im universitären Kontext für „aufklärerisch-egalitäre und anti-elitäre“ Konzepte einsetzten. Da wünschen wir uns doch mehr davon!

Die „Studentenbewegung“ oder 68er-Bewegung wird als Referenzpunkt für nachfolgende Mobilisierungen bezeichnet, denen dann allerdings nur vier Seiten und einige Zwischenbemerkungen gewidmet sind. Schön ist an dem mit Illustrationen nicht gerade reich versehenen Buch die Abbildung eines Demo-Transparentes während des „Lucky Strike“ (1997) in Berlin, das angesichts drohender Studiengebühren und Zwangsexmatrikulationen sogenannter Langzeitstudenten darauf hinwies, dass auch der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl 16 Semester studiert habe, natürlich ohne zu bezahlen.

Dass die Anfänge der 68er-Bewegung auch mit der Abschaffung des allgemeinpolitischen Mandats an der FU Berlin 1960 zu tun haben, dürfte ebenfalls kaum bekannt sein. Aus einem befristeten Vorlesungsstreik für mehr inneruniversitäre studentische Mitbestimmung wurde mit der Kampagne gegen die Notstandsgesetze und den Forderungen nach gesamtgesellschaftlicher Demokratie eine Bewegung, die auch von anderen Bevölkerungsschichten aufgenommen wurde und damit einen der Vorläufer von '68 bildete.

Das Buch ist in zwei große Teile gegliedert. Zunächst werden in sieben Kapiteln die historisch-politischen, ökonomischen und soziokulturellen Rahmenbedingungen dargestellt, von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis zum „wiedervereinigten Deutschland“. Seinen Hauptteil bilden 21 Texte zu unterschiedlichen sozialen

Bewegungen, wobei eine einheitliche Struktur der Beiträge die Vergleichbarkeit erleichtern soll. Dabei geht die Bandbreite von der „alten“ Arbeiter- bis zur „neuen“ globalisierungskritischen Bewegung, von der Dritte-Welt- bis zur rechtsextremen Bewegung, von der Schwulen- bis zur Frauenbewegung, von migrantischer Mobilisierung bis zu studentischen Protestkampagnen, zwei Kapitel beschäftigen sich auch mit den dissidenten Gruppen in der DDR.

An dieser Stelle des Buches, also beim Inhaltsverzeichnis, angekommen, stellen sich der geneigten Rezensentin allerdings schon einige Fragen: Sind die Neo-Nazis eine soziale Bewegung? Und warum ist die Antifa dann keine? Warum gibt es eine Schwulen- und keine Lesbenbewegung? Da nach der Definition der Herausgeber konstitutive Merkmale sozialer Bewegungen der „Anspruch gesamtgesellschaftlicher Veränderung, der Netzwerkcharakter, die kollektive Identität und Protesthandlungen“ sind, müssen Rechtsextremisten in der BRD wohl als soziale Bewegung anerkannt werden. Umso peinlicher ist es dann aber, wenn Gruppen, die genau diese gesellschaftlichen Veränderungen verhindern wollen, wie die Antifa, stillschweigend unter der autonomen Bewegung subsumiert werden. Den Lesben geht es nicht besser, zwar werden sie sowohl im Kapitel zur Frauenbewegung als auch in dem zur Schwulenbewegung erwähnt, allen weiter Interessierten sei jedoch eher das 2007 von Gabriele Dennert, Christiane Leidinger und Franziska Raucht im Querverlag herausgegebene „In Bewegung bleiben. 100 Jahre Politik, Kultur und Geschichte von Lesben“ empfohlen.

Ärgerlich werden die Bewegungsüberblicke da, wo behauptet wird, das Hauptziel aller sozialen Bewegungen sei die Demokratisierung der bundesrepublikanischen Verhältnisse gewesen, während alle Aktionsformen, die über reine Symbolik hinausgehen, als Ausrutscher oder „Pervertierungen“ bezeichnet werden. Dies mag dem Wunsch geschuldet sein, als BewegungsforscherInnen ihre Studienobjekte zu ‚retten‘, tut jedoch der Bewegungsdynamik und den ProtagonistInnen unrecht.

Roland Roth, Dieter Rucht (Hg.) DIE SOZIALEN BEWEGUNGEN in Deutschland seit 1945 Ein Handbuch



Roland Roth/ Dieter Rucht (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Campus Verlag, Frankfurt am Main/New York 2008, 770 Seiten, 49,90 Euro

Zivilisationssymptom Dalai Lama

Bei diesem Artikel handelt es sich um die gekürzte Fassung eines Flugblattes zum ursprünglich für Oktober geplanten Dalai Lama-Besuch in Berlin. Das Flugblatt ist auf <http://insekten.lima-city.de/seiten/home.html> zu finden. von der HUMMEL ANTIFA

EBenso wie Stress, falsche Ernährung, psychische Krankheit, sind auch Aberglauben und Naturverfallenheit der Menschen heute vom gesellschaftlichen Fortschritt nicht abzulösen. Die gesellschaftlichen Zustände scheinen ein Maß an Grausamkeit erreicht zu haben, dass diesen anscheinend nicht anders als mit Weltflucht oder Schönrede begegnet werden kann. Dem ständig erfahrenen Leid – die Geltung des Realitätsprinzips von Arbeit, Leistung und Selbstzurichtung gegenüber dem Lustprinzip – soll nicht etwa durch Veränderung der falschen von Menschen gemachten Zustände bei gekommen werden, sondern schlicht durch zweifelhafte esoterische Sinnggebung verbunden mit knallharten Durchhalteparolen seitens der Gurus.

Seine Heiligkeit (S. H.) der Dalai Lama hat für jedes Zipperlein eine einfache esoterische Medizin: „Leid adelt den Menschen. Nur wer Leid erträgt (!), wird Glück erfahren“.¹ Im Sinne der Karmalehre des Buddhismus häuft er durch dieses passive Ertragen des eigentlich Unerträglichen positives Karma für eine glücklichere Wiedergeburt an. Der von seiner Anhängerschaft so genannte „Ozean der Weisheit“ hat gut reden, hat er sich doch selbstlos 1935 als Botthisattva auf die Welt schicken lassen um den Sündern zu ihrem Platz in „Shangri-La“ zu verhelfen. Was hat es mit diesem Dalai-Lama Hype auf sich?

Der Blick der westlichen Welt auf den Orient ist spätestens seit der Epoche der Kolonialisierung durch romantisierende Vorstellungen verstellt. Nicht selten projizieren Zivilisationsmüde in Europa ihre regressiven Wünsche in die exotische Ferne. Demnach sagen die kursierenden Bilder über das alte Tibet mehr über die Bedürfnisse dieser aus, als über die realen gesellschaftlichen Zustände im Land. Das Land im Himalaja sei ein spiritueller Ort, an dem die zeitlose Weisheit der menschlichen Zivilisation gehütet wird. Diese Weisheit ist eine Weisheit des Verzichts. Im Gegensatz zu der regredierten Bevölkerung Europas brauchen sie wenig und sind dankbar gegen Natur und klerikale Obrigkeit. Das Bild, das überwiegend von Esoterikern gezeichnet wird, ist das ständig feiernder, bunt gekleideter Menschen. Diese Harmonie zwischen Mensch und Natur, Gott und Obrigkeit wurde in den 50er Jahren brutal von den Chinesen zerstört. Soweit die Fiktion.

Wie die realen Verhältnisse unter der Knute der Lamas waren, interessiert die gut-menschelnde Kundschaft wenig. Knallharter Fakt ist jedoch, dass das alte Tibet ein System feudalistisch-klerikaler Leibeigenschaft war. Es war überzogen von einem engmaschigen Netz an Klöstern und monastischen Zwingburgen, von denen aus die Menschen beherrscht und ausgebeutet wurden. Die Gesetzgebung, Polizei und Militär lagen ebenso in den Händen von Mönchsbeamten wie jede sonstige Verwaltung. Die Steuer- und Abgabelast war so hoch, dass sie den einfachen Leuten nur eine kärgliche Existenz

ermöglichte. Hinzu kam eine strenge Kastenhierarchie, deren Ungerechtigkeit mit der buddhistischen Karmalehre gerechtfertigt wurde. So stand eine kleine mönchische Elite einer Masse an analphabetischen Unfreien gegenüber. Das Strafrecht ging auf die brutalen Praktiken Dschingis Khans aus dem 13. Jahrhundert zurück. Auch war die Gesellschaft massiv frauenfeindlich. Das Wort Frau bedeutete „mindere Geburt“ (Kyemen). Für die tantrischen Rituale in den Klöstern wurden von den Mönchen bevorzugt minderjährige Mädchen benutzt.²

Die, die sich in der Pro-Tibet-Arbeit engagieren und ihre Fans wissen: „Die Chinesen“ hätten Tibet „kulturell überfremdet“ (FAZ). Hätte die Bevölkerung Tibets bis in alle Ewigkeit (also bis der letzte Dalai Lama ins Nirvana fährt) unter den Lamas leben sollen, abgeschlossen von den Einflüssen des Westens? Aus dieser Vorstellung spricht eine Modernitätsfeindlichkeit und Blut- und Boden Ideologie wie sie bei globalisierungskritischen Linken und Esoterikfans bis hin zur NPD-Anhängerschaft gefunden werden kann. S. H. der Dalai Lama weiß, was für ein autonomes Tibet er will – ein Tibet der Tibeter: „Autonomie heißt für mich auch, dass die Tibeter in der Mehrheit sein müssen. Das Gegenteil können wir nicht akzeptieren. [...] Alle Chinesen, die Tibetisch sprechen und die tibetische Kultur respektieren, können bleiben, sofern es nicht zu viele sind“.³ Auf der Internetseite der NPD-Brandenburg hieß es: „Die NPD solidarisiert sich ebenfalls mit der nationalen Freiheitsbewegung in Tibet, da auch in unserem Land keine völlige politische Autonomie vorherrscht und die Meinungsfreiheit [...] vielerorts mit Füßen getreten wird“.⁴

Sicher, hat sich das theokratisch organisierte und agrarisch strukturierte Tibet unter der Oberherrschaft Chinas und der Moderne verändert: Das Land in Klostereigentum wurde verstaatlicht, eine Alphabetisierung der Bevölkerung vorangetrieben, die Gebäude und Infrastruktur in den Städten wurde modernisiert, eine Mechanisierung der Arbeitsvorgänge vorangebracht. Bei einer objektiveren Betrachtung würde sich eröffnen, dass die Entwicklung in Tibet ambivalent betrachtet werden kann. Seitens europäischer Projektionen ist sie nur schlecht – ein Ausdruck des eigenen Bedürfnisses nach einfachen und überschaubaren „natürlichen“ Verhältnissen, die so in einer abstrakten Moderne nicht mehr vorzufinden sind.

Der Wandel von konkreter personeller Herrschaft zur abstrakten Herrschaft des Kapitalverhältnisses bedroht die Oberherrschaft des Dalai Lamas und seiner Mönchs-koterie nicht unerheblich. Die über Äonen geltende, streng hierarchische und von Geburt an festgelegte Karmalehre kann einem aufgeklärten Menschen schwerer plausibel gemacht werden als einem abergläubischen Bauern. Um eine Person die einem erzählt, das Unglück der eigenen Existenz läge lediglich daran, dass man im letzten Leben so viel Böses getan hat, müsste man sich

¹ www.inessonntag.de

² Goldner, Colin: Dalai Lama – Fall eines Gottkönigs, Aschaffenburg 1999, S. 22ff.

³ zit. nach Rattenhuber, Edeltraud: China mischt sich auch in Deutschlands Angelegenheiten ein, in: Süddeutsche Zeitung vom 21.09.2007, auf www.sueddeutsche.de

⁴ zit. nach: www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1278&Itemid=92



Ihre Heiligkeit (I.H.) empfängt den Dalai Lama.

Sorgen machen, besonders dann, wenn dieselbe darauf verweist, ein „Gottkönig“ zu sein. Auch munkeln Karmaspezialisten, die Juden seien nur deswegen als „Volk“ in den Gaskammern von Auschwitz ermordet worden, weil sie eben so viel schlechtes Karma angehäuft hätten.⁵

Apropos NS: Der hiesige Tibetwahn hat seine Wurzeln mithin in der Propaganda der Nazis. Heinrich Himmler forschte in seiner „Forschungsstätte Ahnenerbe“ auch zu Tibet. Er glaubte daran, Überlebende des vergangenen Kontinents Atlantis hätten in Tibet sagenhafte unterirdische Reiche geschaffen, in denen uraltes Wissen bewahrt würde. Wesentlich inspirieren ließ er sich von der Geheimlehre der Spiritistin Helena Petrovna Blavatsky (1831-1891). Blavatsky wird noch heute in der Berliner Zeitschrift „Körper/Geist/Seele“ als die Gründungsmutter der Theosophie und modernen Esoterik angesehen.⁶ Im Jahre 1938 machte sich eine Expedition unter dem Tibetforscher und SS-Mann Ernst Schäfer auf den Weg zum „Dach der Welt“ um nach „nordischen Merkmalen“ im Genpool der Tibetaner zu suchen. Durch eine Völkerwanderung der „nordischen Rasse“ von Nordeuropa über Zentralasien bis nach Japan hätten sich Elemente einer „nordischen Rassenseele“ – Tatkraft, Leistungsfähigkeit und geistiger Adel in den Völkern Zentralasiens erhalten.⁷

Der junge Dalai Lama hatte Geografie- und Englischunterricht bei dem ehemaligen SS-Oberscharführer Heinrich Harrer genommen. Über diesen äußerte er sich in einem Interview mit dem Playboy wie folgt: „Natürlich wusste ich, dass Heinrich Harrer deutscher Abstammung war – und zwar zu einer Zeit, als die Deutschen wegen des Zweiten Weltkriegs weltweit als Buhmänner dastanden. Aber wir Tibeter haben traditionsgemäß schon immer für Underdogs Partei ergriffen und meinen deshalb auch, dass die Deutschen gegen Ende der vierziger Jahre von den Alliierten genügend bestraft und gedemütigt worden waren. Wir fanden, man sollte sie in Ruhe lassen und ihnen helfen“.⁸

Das Hauptkennzeichen des Dalai Lamas, nämlich die Friedfertigkeit und das Mitgefühl, scheinen für ihn nur Auslegung zu sein. Zeigt er Mitgefühl für die Nazis, sind die Chinesen für ihn die klaren Feinde Tibets. In seiner diesjährigen Brandrede zum „Jahrestag des Volksaufstands von 1959“ am 11. März behauptete er, die Chinesen machten sich noch immer „zahlreicher, unvorstellbarer und grausamer Menschenrechtsverletzungen“ schuldig. Damit brachen Riots im nepalesischen Kathmandu los, bei der mehr als 200 Mönche versuchten die chinesische Botschaft zu stürmen. In Lhasa entstand am Abend des 11. März Pogromstimmung: Mit Knüppeln bewaffnete Mönche aus dem Kloster Drepung zogen durch die Altstadt, skandierten antichinesische Parolen und schlugen Fensterscheiben von Häusern und Läden zu Bruch. Gerüchte, dass die chinesische Polizei in der Haft Mönche misshandelt hätten machten die Runde und ließen die Gewalt auf die gesamte Stadt überspringen. Die westlichen Medien gemeinsam mit den Pro-Tibet-Fans hatten die Verantwortlichen schon vor der Tat ausgemacht: Die Chinesen. In zahlreichen Ländern kam es zu spontanen Solidaritätskundgebungen für den „tibetischen Freiheitskampf“. Die Behauptungen aus Dharamsala wurden ohne Gegenrecherche weiterverarbeitet. Von den „grausamen Menschenrechtsverletzungen“ und dem „Völkermord auf dem Dach der Welt“ konnten die Journalisten nicht genug bekommen. Eine Woche später distanzierte sich der Dalai Lama und rief zu Gewaltverzicht auf. Ob er mit seiner völkischen Tibetpropaganda nur die han-chinesischen Siedler aus Tibet vertreiben möchte, oder aber auch Minderheiten wie Uiguren und Mongolen ist unklar.⁹

Und um nun abschließend und der Fairness halber dem Dalai Lama das letzte Wort zu geben: „Das wirkliche Wesen des Geistes ist Licht; Verdunklung kann nur vorübergehend erscheinen“¹⁰ – und „Seine Heiligkeit“ kommt ja – dem Himmel sei Dank – nicht alle Tage nach Berlin.

⁵ Siehe Hardo, Trutz: Molar oder Höhenflug eines gefalterten Vordichters. Ein Farbroman, Teil 3: Jedem das Seine, Neuwied 1996. In diesem Buch, mit dem identischen Titel der Losung am KZ Buchenwald, stellt der selbst ernannte „Reinkarnationstherapeut“ Hardo die Judenvernichtung als eine kollektive karmische Reinigung dar. Im Jahre 1998 wurde er deshalb vom Amtsgericht Neuwied wegen Volksverhetzung in Tateinheit mit Beleidigung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu einer Geldstrafe verurteilt. Der Roman wurde daraufhin verboten.

⁶ Studienkreis für Empirische Evolutionsforschung: Esoterik im 20. Jahrhundert. Geschichte der Esoterik Teil 4 in: Körper Geist Seele/Berlin (KGS), Ausgabe 09/2008, S. 31-33.

⁷ Goldner, Colin: Dalai Lama, S. 85ff.

⁸ zit. nach Webster, Jonathan: Dalai Lama, in: Playboy (Germany), Ausgabe 03/1998, S. 40.

⁹ Goldner, Colin: Der Schein heiligt die Mittel. Was ist der tibetanische Freiheitskampf eigentlich für einen?, in: Konkret, Ausgabe 05/2008, S. 12-15.

¹⁰ www.inessonntag.de

Zuschuss zum Semesterticket Hier gibt's Geld!

Alle Studierenden der Humboldt-Universität können einen Zuschuss zur Semesterticketgebühr aus dem Sozialfonds beim Semesterticketbüro des RefRats beantragen. Je nach sozialer Lage und Härte der Situation, wird über die Gewährung eines Zuschusses bis zum vollen Semesterticketbeitrag (bis zu 165 €) entschieden. Die Bewilligung deines Antrages ermöglicht dir die Rückerstattung der Kosten für Sprachkurse des Sprachenzentrums der Humboldt-Universität.

Antragsfrist: 05.01.2009 - 28.02.2009

[Neuimmatriulierte haben 6 Wochen nach ihrer Einschreibung Zeit einen Antrag zu stellen.]

Nähere Informationen und die Antragsformulare gibt es im Semesterticketbüro oder im Netz unter www.refrat.de/semnix.

Semesterticketbüro des ReferentInnenrats

Campus Mitte:
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Hauptgebäude
Raum 1042
Tel.: 2093-2082
Fax: 2093-2092

semnix@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/semnix

Campus Adlershof

RUD 25 Haus 2
Tel.: 2093-5476

nur zu den Antragsfristen geöffnet



Subsidy for Semesterticket financial help is available here!

Every student at Humboldt-University can apply for subsidy for the Semesterticket. Due to your social and financial situation we grant a subsidy up to the total semesterticket sum: 165 €! The allowance of your application also supplies you with the possibility to reduce fees for classes at the Humboldt-University language center.

Application period: 05.01.2009 - 28.02.2009

[Newly registered students can apply until 6 weeks after their admission]

You can get more information and the application form at the Semesterticketbureau or on www.refrat.de/semnix.

Semesterticketbüro des ReferentInnenrats

Campus Mitte:
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Hauptgebäude
Raum 1042
Tel.: 2093-2082
Fax: 2093-2092

semnix@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.de/semnix

Campus Adlershof
Rudower Chaussee 25

RUD 25 Haus 2
Raum 324
Tel.: 2093-5476

nur zu den Antragsfristen geöffnet



Nach dreieinhalb Jahren Soliarbeit im

NEW YORK IM BETHANIEN

Der antirassistische, antisexistische,
autonome, anarchistische Schockraum

BRAUCHT EXISTENZ SICHERUNG

und hofft auf Eure Groschen. Wir suchen Daueraufträge. Wir für Euch - Ihr für uns!



www.newyorck.net

NFJ Seminare

6. Dezember 2008

„Oh, mein Gott!“

Religionskritik für Einsteiger_innen

12.-14. Dezember 2008

Herz an Herz:

Ein Seminar über Beziehungsformen

9.-11. Januar 2009

Oooooom:

Mit sich und der Welt im Reinen?

Seminar zu Esoterikkritik

16.- 18. Januar 2009

Baader – Meinhof Komplexe:

Wochenendseminar zur linken

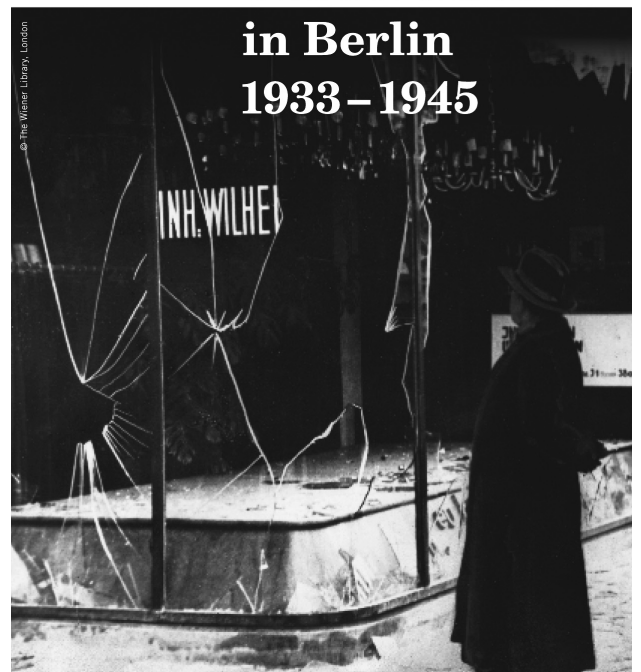
Kritik an den 68ern und der RAF

Infos & Anmeldung jeweils unter:
info@naturfreundejugend-berlin.de

Ausstellung in der Humboldt-Universität zu Berlin
Foyer Hauptgebäude, Unter den Linden 6
24. Oktober – 13. Dezember 2008
Montag bis Freitag 9 – 21 Uhr, Samstag 9 – 17 Uhr



Jüdische Unternehmen in Berlin 1933 – 1945



Studentische Sozialberatung

an der Humboldt-Universität

Allgemeine Sozialberatung

Sprechzeiten
Mittwoch 14–16 Uhr
In den Semesterferien:
Mittwoch 14–16 Uhr

Monbijoustraße 3/Raum 16
Tel.: 20 93 - 19 86

Email: beratung.allgemein@refrat.hu-berlin.de

Unterhalts- und BAföG-Beratung

Sprechzeiten
Montag, Mittwoch und Donnerstag 14:30 - 18 Uhr
März, August und September:
Mittwoch 10 - 14 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 15
Tel.: 20 93-10 60

E-Mail: beratung.bafog@refrat.hu-berlin.de

Beratung für Studierende mit Kind(ern)

Sprechzeiten
Montags 12 - 15:30 Uhr
Mittwochs 10 - 13:30 Uhr
März, August und September:
Mittwoch 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 16

Tel.: 20 93-19 86 Internet: www.refrat.de/soziales/stuki
E-Mail: beratung.kind@refrat.hu-berlin.de

Beratung für ausländische Studierende

Sprechzeiten
Montag 10 - 14:30 Uhr; Mittwoch 10 - 19 Uhr
Donnerstag 13:30 - 18 Uhr
März, August und September:
Mittwoch 10 - 15 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 6

Tel.: 20 93-10 62 Internet: www.refrat.de/soziales/befas
E-Mail: beratung.auslaenderinnen@refrat.hu-berlin.de

Enthinderungsberatung

Sprechzeiten
Montags 13:30 - 18 Uhr; Mittwochs 9 - 13:30 Uhr
März, August, September:
Mittwochs 9 - 13:30 Uhr und nach Vereinbarung

Monbijoustraße 3/ Raum 5

Tel.: 20 93-21 45
E-Mail: beratung.enthinderung@refrat.hu-berlin.de
Internet: www.refrat.hu-berlin.de/soziales/enthinderung

Allgemeine Rechtsberatung

Sprechzeiten
Mittwoch 18-20 Uhr
In den Semesterferien:
Mittwoch 18-20 Uhr, 14-tägig

Monbijoustraße 3/ Raum 16

Rechtsberatung zu Hochschul- und Prüfungsrecht

Sprechzeiten
Donnerstag 12-14 Uhr, 14-tägig

Dorotheenstraße 17/ Raum 2
aktuelle Termine: www.refrat.de/ust

Arbeitsrechtliche Anfangsberatung

Sprechzeiten
Montag 9 - 13 Uhr; Mittwoch 14 - 18 Uhr
März, August, September: Mi 14 - 18 Uhr

Monbijoustraße 3/ Raum 5

Tel.: 20 93-21 45 www.refrat.de/soziales/arbeit
E-Mail: beratung.arbeit@refrat.hu-berlin.de